

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Melanie Eckhardt, MSc, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1477) betreffend „Das Burgenland an die Spitze bringen“ – Stärkung des Wirtschaftsstandortes Burgenland (Zahl 22 - 1085) (Beilage 1804).

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Melanie Eckhardt, MSc, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Das Burgenland an die Spitze bringen“ – Stärkung des Wirtschaftsstandortes Burgenland, in ihrer 08. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 08.02.2023, beraten.

Landtagsabgeordnete DI Carina Laschober-Luif wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordneter DI Carina Laschober-Luif den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Melanie Eckhardt, MSc, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Das Burgenland an die Spitze bringen“ – Stärkung des Wirtschaftsstandortes Burgenland, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 08.02.2023

Die Berichterstatterin:
DI Carina Laschober-Luif eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 8. Februar 2023

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1085, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend dringender Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Wirtschaft

Die Österreichische Wirtschaft schlittert von einer Krise in die nächste. War es zuerst die Coronakrise, kämpfen derzeit unsere Unternehmen gegen die immense Teuerungswelle. Diese betrifft vor allem die Energiepreise, was auch der Österreichische Energiepreisindex (EPI) bekräftigt. Im Jahresvergleich November 2022 zu November 2021 stieg der EPI um 42,1 Prozent. Preistreiber sind hier vor allem Erdgas mit einem Anstieg von 109,2 Prozent, Heizöl mit 76,7 Prozent sowie Holzpellets mit 147,5 Prozent im Jahresvergleich Oktober 2022 zu Oktober 2021.

Trotz dieser schwierigen Zeit, liegt das regionale Wirtschaftswachstum des Burgenlandes laut der vor kurzen veröffentlichten Bundesländeranalyse der UniCredit Research mit 5,5 Prozent an vierter Stelle im Bundesländervergleich und zugleich über dem regionalen Wirtschaftswachstum Österreichs. Bei der realen Veränderung des Wirtschaftswachstums zum Jahr 2021 hat das Burgenland nicht 0,2 Prozent verloren, wie es von der ÖVP in ihrem Antrag behauptet wird, sondern kann ein Plus von 1,8 Prozent verzeichnet werden. Im Vergleich dazu liegt die reale Veränderung des Wirtschaftswachstums zum Jahr 2021 in Österreich bei einem Plus von gerademal 0,2 Prozent.

Damit man den Anstieg des Wirtschaftswachstums halten bzw. noch weiter steigern kann, muss die österreichische Bundesregierung endlich mit Maßnahmen für die UnternehmerInnen reagieren. Das Burgenland hat auf das bisherige Versagen der Bundesregierung reagiert und auf Initiative von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil einen eigenen Wärmepreisdeckel installiert, der mit einem Gesamtvolumen von rund 40 Millionen Euro private Haushalte entlasten soll. Dennoch hat ausschließlich der Bund die Verantwortung und Möglichkeit, in die Energiemärkte einzugreifen und so für eine nachhaltige Entlastungslösung, auch für Betriebe, zu sorgen.

Zwar wurde der Energiekostenzuschuss 2 beschlossen, doch ist diese Maßnahme alles andere als treffsicher, da es nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet wird. Daher soll die ÖVP-Grüne Bundesregierung sofort eine Wärmepreisbremse nach dem Vorbild Deutschlands für private Haushalte und Unternehmen beschließen, denn wer schnell hilft, hilft doppelt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sofort eine Wärmepreisbremse nach dem Vorbild Deutschlands für private Haushalte und Unternehmen beschließen.